

Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz

Darum geht es:

National- und Ständerat haben eine Änderung des Militärgesetzes beschlossen. Die Vorlage "Bewaffnung" geht viel weiter als die Blauhelmvorlage von 1994. Sie macht die bewaffnete Teilnahme der Schweizer Armee an multinationalen Kriegseinsätzen möglich.

Dagegen hat eine breite friedenspolitische Koalition das Referendum ergriffen. Die Vorlage "Ausbildungszusammenarbeit" steht in der gleichen Logik – der Kooperation mit den Nato-Armeen. Weil wir eine solidarische Friedenspolitik fordern, anstatt Nato-Annäherung, lehnen wir auch diese Gesetzesrevision ab.

Und darum geht es nicht:

Die Armee behauptet, sie brauche diese Gesetzesänderung, weil nur damit die Bewaffnung zum Selbstschutz möglich sei. Dies ist jedoch bereits gemäss der heutigen Gesetze möglich.

ZIVILE LÖSUNGEN! MILITÄRGESETZ 2x NEIN
KOMITEE «SOLIDARISCHER STREIFEN» | GSWA



Kurzargumentarium

Inhaltsverzeichnis:

1. Wer Frieden will, muss in den Frieden investieren
2. Abkehr von Ausbeutung statt Flüchtlingsabwehr
3. Nein zur Beteiligung der Schweiz an Kriegseinsätzen
4. Friedensdividende statt Rüstungsausgaben
5. Unsere Alternative: Uno-Beitritt und Zivile Solidarität



Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz

1 Wer Frieden will, muss in den Frieden investieren

Folgende Tatsachen müssen allen zu denken geben:

- Weltweit werden rund 1200 Milliarden Franken pro Jahr für Armeen und Rüstung ausgegeben – aber nur gerade 20 Milliarden für zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention. Die Schweiz steht bei den Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung in ganz Europa an der Spitze, bei den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit hingegen liegt sie weit hinter den von der Uno geforderten 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes.
- Im Oktober 1998 liess sich auf der ganzen Welt nur die Hälfte der zugesagten 2000 OSZE-Beobachter finden, als eine internationale Präsenz im Kosov@ die Eskalation der Gewalt vielleicht noch hätte verhindern können. Im Sommer 1999, als der Krieg ausgebrochen war, liessen sich dann ohne Probleme 50'000 Kfor-Soldaten mobilisieren.
- Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge bat im Oktober 2000 die internationale Staatengemeinschaft vergeblich um 20 Millionen Dollar, um 700'000 Flüchtlingen im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die notwendige Hilfe während des Winters gewähren zu können. Fast gleichzeitig beschloss der Schweizer Bundesrat, für den Einsatz der 150 Swisscoy Soldaten weitere 27 Millionen Franken aufzuwenden.

Diese Beispiele zeigen: Weltweit wird viel zu viel Geld für Militär verschleudert und viel zu wenig in zivile Friedenspolitik und Überlebenshilfe investiert. Die Militärgesetzrevision setzt auf die falsche, militärische Karte. Sie orientiert sich am Bedarf der Schweizer Armee, die ihren Feind verloren hat und darum dringend nach neuen Aufgaben sucht. Mit bewaffneten Auslandseinsätzen löst die Schweiz keine Probleme. Der Bundesrat will der Armee damit einzig neue Legitimation verschaffen.

Ein wirklich solidarischer Beitrag der Schweiz müsste sich am realen Bedarf der von Konflikten betroffenen Menschen orientieren, wirtschaftliche Ungerechtigkeit und andere Gewaltursachen abbauen und die Handlungsfähigkeit ziviler Konfliktpolitik erhöhen.

2 Abkehr von Ausbeutung statt Flüchtlingsabwehr

Die Revision des Militärgesetzes mache die Schweiz "solidarischer", erklärt der Bundesrat. Das tönt gut. Doch in seiner Botschaft zur Gesetzesvorlage erläutert der Bundesrat, was damit wirklich gemeint ist: Es gehe darum, "in den Augen der Partnerstaaten solidarisch zu erscheinen", heisst es da. Die Schweiz müsse "im eigenen Interesse" zusammen mit anderen Staaten und Staatengruppen intervenieren können, um damit die Anzahl der in die Schweiz kommenden Flüchtlinge "merklich zu reduzieren". Seit die Schweiz in Bosnien oder Kosov@ militärisch präsent sei, kämen weniger Flüchtlinge aus dieser Region in die Schweiz. Mit echter Solidarität hat dies nichts zu tun. Im Gegenteil: Die Nato übt sich im militärischen Konfliktmanagement, der militarisierten Repression von Konfliktfolgen – und die Schweizer Militärs wollen gleichberechtigt mitmachen.

Die Globalisierung des Kapitals führt zu einer beispiellosen Konzentration des Reichtums, der Kontrolle über die Produktion und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen und damit zu einer weltweit verschärften Ausbeutung. Diese wachsenden Ungerechtigkeiten sind Ursache vielfältiger und schwerwiegender Konflikte in allen Regionen der Welt. Die logische Konsequenz dieser neoliberalen Politik ist der Auf- und Ausbau von weltweit einsetzbaren militärischen Interventionskräften, um die schmutzigen Folgen der Globalisierung unter Kontrolle zu halten. Darauf setzt die Nato.

Wo und wann auf dieser Welt militärisch interveniert wird, hat nichts mit Menschenrechtsverletzungen zu tun, sondern mit harter Interessenpolitik. Das Nato-Mitglied Türkei darf die



Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz

kurdische Bevölkerung brutal unterdrücken – ohne internationale Sanktionen. Auch Serbiens ehemaligen Präsidenten Milosevic galt jahrelang als "Stabilitätsfaktor". 1995, beim Abschluss des Dayton-Abkommens vermieden die USA eine gerechte Regelung der Kosovo-Frage. Den Nato-Staaten ging es nur um günstige Rahmenbedingungen für die Stationierung ihrer Interventionstruppen in Bosnien. Drei Jahre später bestrafte sie dafür die Zivilbevölkerung in Serbien mit Bombardierungen.

Mit der Militärgesetzrevision will sich die Schweiz militärisch an dieser interessengeleiteten Konfliktpolitik beteiligen können. Dabei geht es nicht um einen Nato-Beitritt. Daran haben weder die Nato noch die Schweiz ein Interesse. "Nato-Länder und Nicht-Nato-Partner handeln gemeinsam im Interesse der Menschenrechte", lautet das neue Konzept. Die neutrale Schweiz hilft so mit, die Nato als humanitär legitimierte Interventionsmacht darzustellen und es bleibt ihr erspart, den innenpolitisch chancenlosen Nato-Beitritt zu thematisieren.

Die militarisierte "Solidarität" gilt bloss den Nato-Armeen, nicht aber den von Konflikten betroffenen Menschen.

3 Nein zur Beteiligung der Schweiz an Kriegseinsätzen

Das neue Militärgesetz geht viel weiter als die "Blauhelmvorlage" von 1994. Diese sah lediglich die Teilnahme an sogenannten "friedenserhaltenden Operationen" vor. Solche Operationen werden von der Uno geführt, sind unparteiisch und nur zum Selbstschutz beziehungsweise zum Schutz der Zivilbevölkerung bewaffnet und finden mit dem Einverständnis der Konfliktparteien statt. Die Stabilisierung von politischen Friedensprozessen mit bewaffneten UN-Kräften kann sinnvoll sein. Deshalb verzichteten die friedenspolitischen Kräfte 1994 auf ein Referendum. Mit einer Gesetzesvorlage, die die Einsatzbedingungen friedenserhaltender UN-Operationen respektiert, hätten Bundesrat und Parlament auch

diesmal ein friedenspolitisches Referendum verhindert.

Bereits mit dem heute geltenden Militärgesetz können Schweizer Soldaten bei Militäroperationen im Ausland eingesetzt werden. Die Einsätze sind aber auf friedenserhaltende Missionen beschränkt und die Bewaffnung dient einzig dem Selbstschutz. Die vorgesehene Teilrevision des Militärgesetzes will diese Einschränkungen beseitigen. Sie macht selbst die Teilnahme an friedenserzwingenden Operationen - also Kriegseinsätzen - möglich. Der im Gesetzestext verwendete Begriff "friedensunterstützende Operationen" lässt gemäss VBS-Glossar "friedenserhaltende" und "friedenserzwingende" Einsätze zu. Der Bundesrat kann die Bewaffnung eigenmächtig von Fall zu Fall beschliessen. In Zukunft ist eine Bewaffnung nicht nur für den Selbstschutz, sondern auch für die "Erfüllung des Auftrages" vorgesehen.

Auf der Basis des neuen Militärgesetzes hätte die Schweiz beim Golfkrieg mitmachen kön-



Friedenspolitische Argumente gegen das neue Militärgesetz

nen. Schon heute üben Schweizer F/A-18-Kampfflugzeuge über Frankreich Luft-Luft-Betankungen, welche bei Flugdistanzen von über 2000 km notwendig werden. Die Armee übt also die Unterstützung von Kriegseinsätzen irgendwo in Afrika oder im Nahen Osten. Es gibt kein plausibles Szenario für Langstrecken-Einsätzen von Kampfflugzeugen im Rahmen von friedenserhaltenden Einsätzen. Wer es 1994 ernst gemeint hat mit dem friedenspolitischen und kritischen JA zum Blauhelmsgesetz, der wird heute die Militärgesetzrevision ablehnen.

4 Friedensdividende statt Rüstungsausgaben

Militärinterventionen mögen noch so lange als "Friedensförderung" verkauft werden – sie dienen vor allem der Rechtfertigung von noch mehr Rüstungsausgaben. In Westeuropa haben die Rüstungsausgaben seit 1998 um 15 Prozent zugenommen. Jetzt soll auch die Schweizer Armee wieder mehr kosten. Die Rüstungsprogramme, von den Schützenpanzern über die Nato-kompatiblen Kommunikationssysteme bis hin zu den neuen Transportflugzeugen und Hubschraubern, werden mit dem Hinweis auf mögliche Auslandseinsätze begründet.

Die Armee weiss genau: Autonome Landesverteidigung ist schlicht absurd: Es fehlt der Feind. Die Schweiz ist von Freunden umzingelt. Bei zivilen Einsätzen fordert die Wirtschaft von der Armee Zurückhaltung. Sie ist nicht mehr bereit, Mitarbeiter für Forstarbeiten oder zum Pistenstampfen zur Verfügung zu stellen. Die einzige Rechtfertigung der enormen Armeeausgaben liegt in internationalen Militäreinsätzen. Der Militärsoziologe Karl Haltinger hält fest, es gelte europaweit die Regel, "je mehr das Militär in friedensunterstützende Operationen auswärts engagiert ist, umso höher sein Renomee". Und je höher das Renomee, desto mehr Geld darf die Armee verschleudern.

Die Schweizer Armee braucht die Welt, aber die Welt braucht keine Schweizer Armee.

5 Unsere Alternative: Uno-Beitritt und Zivile Solidarität

Rüstung und Kriege stehen echter Solidarität im Wege. Mit 2,4 Milliarden Dollar – weniger als die weltweiten Rüstungsausgaben eines einzigen Tages – könnte die Uno 30 Millionen Flüchtlingen ein Jahr lang das Leben sichern. Doch die Uno bekommt diesen Betrag trotz Bettelgängen zu den Regierungen nicht zusammen. Weder bewaffneter Isolationismus, noch militärischer Interventionismus helfen hier weiter.

Die Alternative lautet "Zivile Öffnung" und eine Konfliktpolitik, die auf den Abbau der Konfliktursachen ausgerichtet ist. Dazu gehören der sofortige Uno-Beitritt, mehr Entwicklungszusammenarbeit – die Schweiz gibt dafür inzwischen weniger als 0,3 Prozent des Brutto-sozialprodukts aus, statt wie von der Uno angestrebt, 0,7 Prozent oder mehr – eine menschliche Asylpolitik, Engagement für gerechtere Handelsbeziehungen, Investitionen in zivile Konfliktbearbeitung und die Umverteilung der Armeeausgaben für diese Zwecke. Verteidigungsminister Ogi hat es in einem Interview auf den Punkt gebracht: "Wenn das Schweizer Volk die Bewaffnung für Einsätze im Ausland ablehnt, werden wir uns neu orientieren müssen und vermutlich zivile Kräfte zur Friedensförderung einsetzen". Ein Nein zum Ausbau des militärischen Auslandengagements würde den Bundesrat und mit ihm viele bürgerliche ParlamentarierInnen zwingen, ihre Ablehnung der Initiative für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst nochmals zu überdenken.

Geben wir einer wirklich solidarischen Aussenpolitik eine Chance: Fordern wir eine politische Öffnung der Schweiz ein und lehnen die Militärgesetzrevision ab.

Kontakt und Mitarbeit:

info@zivil.ch
www.zivil.ch